

# Politische Ökonomie, wirtschaftsethisch rekonfiguriert

## Funktionale Systemökonomie im Kontext praktischer Sozialökonomie

PETER ULRICH\*

### *Political Economy Ethically Reconfigured: Functional Systems Economy in the Context of Practical Social Economy*

*Political Economy has lost its classic self-awareness of being an ethical and political discipline. Rather it works as a methodical reduction of politics to “pure” economics today. But this reduction itself is normatively based, of course. It is the task of Economic Ethics to elucidate the “implicit ethics” of the economic approach and to advance a reflected treatment of the factual tensions between “free” market economy and the principles of a well-ordered society of free citizens. The author goes back to Adam Smith and John Stuart Mill, taking up their conceptual and methodological ideas of an ethically (re-) integrated market economy, and proposes a dual approach of a timely Political Economy that “embeds” functional Systems Economy into a critically normative Social Economy.*

*Keywords:* Adam Smith, John St. Mill, Ethical Foundations of Political Economy, Political Economy, Social Economy

## 1. Politische oder unpolitische Ökonomie?

Am Anfang und während der längsten Zeit ökonomischen Denkens galt die aristotelische Trias: Ökonomie wurde als Teil der Politik und die so verstandene Politische Ökonomie wiederum als Teil der Ethik begriffen. Normativität war dieser Disziplin gleichsam ins Stammbuch geschrieben, und das entspricht durchaus ihrem Gegenstand ‚Wirtschaften‘ als einer elementaren Dimension humaner Praxis. Nicht zufällig waren so gewichtige Klassiker der Politischen Ökonomie wie Adam Smith und John Stuart Mill „von Hause aus“ Moralphilosophen. Erst die Neoklassiker wollten ab etwa 1870 ihr Fach von allen ethisch-normativen und politischen Beimischungen „purifizieren“, also eine „reine“ und „autonome“ Ökonomik betreiben.<sup>1</sup> Das impliziert ein Zwei-Welten-Modell von (ökonomisch als „sachfremd“ wahrgenommener) Ethik und Politik einerseits und (als wertfrei sowie unpolitisch aufgefasster) Ökonomik andererseits. Nicht grundlos nennt sich die Disziplin, die bei den vorwiegend angelsächsischen Klassikern ganz zutreffend *Political Economy* hieß, längst nicht mehr so. Wer mit Bezug auf die heutige Wirtschaftstheorie gleichwohl von Politischer Ökonomie

---

\* Prof. Dr. rer. pol. Peter Ulrich, Ordinarius und Direktor des Instituts für Wirtschaftsethik der Universität St. Gallen, Guisanstr. 11, CH-9010 St. Gallen, Tel.: +41-(0)71-224-26-44, Fax: +41-(0)71-224-26-81, E-Mail: peter.ulrich@unisg.ch, Forschungsschwerpunkte: Integrative Wirtschaftsethik, Politische Philosophie.

<sup>1</sup> Von „reiner Ökonomie“ sprach erstmals Schumpeter (1908: 23ff.), von „autonomer Ökonomik“ bzw. „angeblich autonomer Ökonomik“ Albert (1972: 3, 22). Den Begriff der „Purifizierung“ der Politischen Ökonomie zur „reinen“ Ökonomik hat wohl Krüßelberg (1983: 58) geprägt.

spricht, lädt sich die Beweislast auf, gegen das Selbstverständnis der *Mainstream Economics* nachzuweisen, inwiefern (ethisch zu begründende) Politik und (ökonomisch effizient zu gestaltende) Wirtschaft akademisch *eine* untrennbare Welt darstellen und worin auch heutzutage unausweichlich das Politische an (Politischer) Ökonomie besteht.

Es liegt in der Natur der Sache, dass ein In-Beziehung-Setzen von Wirtschaftsethik und Politischer Ökonomie gegenstandslos wäre, würde es sich tatsächlich um ein restlos hinreichendes akademisches Nebeneinander zweier heute getrennter Disziplinen handeln, die sich unmittelbar nichts mehr zu sagen haben. Dann bestünde ein unproblematisches Ergänzungsverhältnis. Davon kann jedoch, dies ist die Ausgangsthese des vorliegenden Beitrags, keine Rede sein. Spätestens immer dann, wenn aus ökonomischen „Sachzusammenhängen“ praktische wirtschafts- oder gesellschaftspolitische Konsequenzen abgeleitet werden, ist die Alternative nicht die zwischen politischer und unpolitischer Ökonomie, sondern nur die zwischen einer ihren ethischen und politischen Gehalt *explizit* reflektierenden und einer bloß *implizit* politischen Ökonomie, die sich im zweiten Fall aufgrund eines methodischen Reflexionsstopps vor der eigenen Normativität als unpolitisch missversteht und deswegen eines methodisch kontrollierten Umgangs mit ihrer eigenen realpolitischen Funktion ermangelt.

Systematische Konsequenz ist das Angewiesensein gerade einer „sachlichen“ Ökonomie auf wirtschaftsethische Grundlagenreflexion, also auf eine Wirtschaftsethik, die das Normative weder einfach als Korrektiv *gegen* die ökonomische „Sachlogik“ einordnet (Wirtschaftsethik als außerökonomisch „angewandte“ Ethik) noch *auf* diese reduziert (Wirtschaftsethik als normative Ökonomik), sondern integrativ ansetzt, also das Normative zuallererst *in* den Tiefenstrukturen der ökonomischen „Sachlogik“ oder Rationalität selbst vermutet und ethisch-kritischer Argumentation zugänglich macht, um von da aus systematisch einer ethisch-politisch integrierten Idee vernünftigen Wirtschaftens zuzuarbeiten. Dieses umfassende Programm Integrativer Wirtschaftsethik ist anderswo entfaltet worden (Ulrich 2000; 2001) und braucht hier als solches nicht vorgestellt zu werden. Der Beitrag will lediglich einige methodische Perspektiven für die Erneuerung einer zeitgemäßen Politischen Ökonomie mit wirtschaftsethischen Mitteln aufzeigen.

Es bietet sich nach dem Gesagten an, zunächst den methodischen Ansatz auszuleuchten, auf dem die sich als unpolitisch verstehende, jedoch nicht wirklich „reine“ heutige Standardökonomik beruht; ihr implizites politisches Element verbirgt sich, wie zu zeigen ist, in einem methodischen Reduktionismus (Abschn. 2). Von da aus lassen sich konzeptionelle Auffassungen klassischer Politischer Ökonomen, namentlich von Adam Smith und von John Stuart Mill, als nicht reduktionistisches und gleichwohl oder vielmehr gerade deshalb zukunftsweisendes Wissenschaftsprogramm deuten (Abschn. 3). Auf dieser Grundlage wird schließlich skizziert, wie eine wirtschaftsethisch aufgeklärte zukünftige Politische Ökonomie prinzipiell konzipiert werden könnte (Abschn. 4).

## **2. Politische Ökonomie – als methodische Reduktion von Ethik und Politik auf Ökonomik?**

Was motivierte eigentlich die neoklassische Herauslösung der Politischen Ökonomie aus der moralphilosophischen Tradition der großen Klassiker und ihre „Purifizierung“

zur „angeblich autonomen Ökonomik“ (Albert 1972: 3)? Um das zu verstehen, muss man wohl im Auge behalten, dass die frühmoderne Moralphilosophie – wie auch die Natur- und Geschichtsphilosophie – noch weitgehend eine „Magd der Theologie“ (Albert 1975: 132) war. Die damit verbundenen metaphysischen Hintergrundannahmen, gerade auch jene der klassischen Politischen Ökonomie eines Adam Smith und seiner Schüler, vermochten im Laufe der „Entzauberung der Welt“ (Weber 1988: 564) immer weniger zu befriedigenden. Dem Vorbild der kräftig daran arbeitenden, aus schöpfungstheologisch-naturrechtlichen Traditionen emanzipierten Naturwissenschaftler nacheifernd, wollten immer mehr Nationalökonomien im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts – in Abgrenzung zu ihren klassischen Vorgängern – *keine* Moralphilosophen mehr sein; stattdessen strebten sie nun nach einer rein „sachrationalen“ Wissenschaftskonzeption (Abschn. 2.1). Doch die Purifizierung gelang nicht wirklich; explizite ethische Reflexion wurde stattdessen durch methodisch unkontrollierte implizite Normativität ersetzt, nämlich durch Ökonomismus (Abschn. 2.2).

## 2.1 Wissenschaftstheoretische Kritik: Wider die Reduktion von praktischen auf theoretische Fragen – welcher Art genau?

Wozu sollte die Herauslösung der neoklassischen Ökonomik aus der praktisch-philosophischen Tradition eigentlich gut sein?<sup>2</sup> Zu beachten gilt es hier die eigentümliche „normativ-explikative Doppelbedeutung“ (Albert 1972: 14) der ökonomischen Rationalitätsperspektive als normatives Prinzip vernünftigen Handelns oder aber als methodische Annahme zur Erklärung tatsächlichen Verhaltens. Dementsprechend lässt sich die neoklassische Wirtschaftstheorie *entweder* zu einer streng mathematisch und axiomatisch konzipierbaren exakten *Idealtheorie* ausformen, die als „reine“ Ökonomik nichts als die reine ökonomische Rationalität entfaltet, *oder* aber zu einer objektiven *Realwissenschaft*, die „wertfrei“ empirisch-analytische Wirkungszusammenhänge beschreibt und in die Form allgemeiner, quasi-natürlicher „Gesetze“ des Wirtschaftens bringt. Die beiden Theoriekonzepte vertragen sich nicht ohne weiteres: Während eine empirisch gehaltvolle Realtheorie auf die Erkenntnis regelmäßiger *Verhaltens-„Gesetze“* zielt und insofern in quasi-naturwissenschaftlicher (szientistischer) Weise einen empirischen Determinismus voraussetzt, folgt die Idealtheorie ökonomisch rationalen *Handelns* dem „as if“-Ansatz, setzt also methodisch mit axiomatisch gesetzten (Rationalitäts-)Annahmen an, für die gerade *nicht* ein empirischer Geltungsanspruch erhoben wird; insofern lässt sich zu Recht sagen, dass die Homo oeconomicus-Prämissen der reinen Ökonomik „kein Menschenbild“ enthalten.<sup>3</sup>

<sup>2</sup> Zu den komplexen geistes- und theoriegeschichtlichen Zusammenhängen der (m.E. unvollendeten) modernen Wissenschaftsemanzipation aus metaphysischen Hintergrundannahmen im Allgemeinen sowie der entsprechenden Rolle der Neoklassik für die Politische Ökonomie im Besonderen vgl. eingehend Ulrich (1993: 145ff., 173ff.). Nachfolgend werden nicht die historischen Pfade, sondern nur die systematischen Kernpunkte erörtert.

<sup>3</sup> Diese Binnenperspektive der reinen Ökonomik besagt natürlich keineswegs, dass der puren „as if“-Axiomatik nicht gleichwohl normative Hintergrundannahmen zugrunde liegen; vgl. dazu Held (1991) sowie Ulrich (1992).

Dass die methodologische Debatte über den Status der Wirtschaftswissenschaften zwischen real- und idealtheoretischem Pol so schwer auflösbar erscheint, hat selbst reale Gründe, die im Wesen des menschlichen Wirtschaftssubjekts und damit aller Sozialwissenschaft liegen. Soweit nämlich die Akteure als freie Personen nach selbstbestimmten Gründen *handeln*, entziehen sie sich verhaltenswissenschaftlicher Erklärung durch äußere Determinanten; soweit sie dazu nicht in der Lage sind, sondern sich tatsächlich wie fremdbestimmte Objekte *verhalten*, entziehen sie sich umgekehrt rationalen Argumenten für begründetes Handeln, sei es unter objektiven Sachzwängen (wie dem Selbstbehauptungsdruck des Wettbewerbs) oder unter subjektiven Denkwängen (wie der undistanzierten Fixierung auf bestimmte Zwecke oder Ziele).<sup>4</sup> Angesichts dieser „Natur“ der „Dinge“ menschlichen Tuns im Spannungsfeld zwischen Autonomie und Außenlenkung kann Sozialwissenschaft grundsätzlich zwei unterschiedliche, letztlich konträre Formen des *Praxisbezugs* zu ihrem erkenntnisleitenden Interesse erheben:<sup>5</sup>

- Als *Verhaltenswissenschaft* dient sie potenziell dazu, empirisch gefundene Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge *sozialtechnisch* zur gezielten Verhaltensbeeinflussung zu *nutzen* (technologische Transformation von Ursache-Wirkungs- in Mittel-Zweck-Beziehungen), beispielsweise durch die ordnungspolitische Institutionalisierung geeigneter „Anreize“ des marktwirtschaftlichen Systems. Dieser technologische Praxisbezug macht aus den humanen Subjekten *Objekte* „objektiver“ Wissenschaft, um sie mittels der „Anwendung“ der empirisch gehaltvollen Theorie besser lenken oder *kontrollieren* zu können. Dies impliziert letztlich ein kolonialistisches Theorie/Praxis-Verhältnis: Der Subjektstatus bleibt den Wissenschaftlern („Sachverständigen“) vorbehalten, während die Akteure der Praxis umso mehr zu außendeterminierten Objekten gemacht werden, je besser die „Theorie“ funktioniert. „Praktisch“ wird dieser *szientistische* Wissenschaftstyp also, indem er den Sozialtechnikern entsprechendes *Verfügungswissen* zu liefern vermag.
- Als *Handlungswissenschaft* zielt Wirtschafts- und Sozialwissenschaft genau umgekehrt darauf, außendeterminiertes Verhalten so weit wie möglich in autonom gewähltes Handeln überzuführen, also gerade den *Subjektstatus* der Akteure zu stärken und ihnen methodisch zu helfen, sich im Denken und Handeln anhand reflektierter Begründungen *vernünftig* zu orientieren (Kant 1982). Durch entsprechendes *Orientierungswissen*<sup>6</sup> gilt es die Akteure zu befähigen, Fremdbestimmung jeder Art zu durchschauen und sich aus ihr zu *emanzipieren*. Mit solchem autonomieförderlichen Praxisbezug wirkt dieser *kritische* Typus reflexiver Sozialwissenschaft natürlich den szientistischen Bemühungen, in ihrem „Objektfeld“ möglichst viele deterministische „Gesetzmäßigkeiten“ zu finden, entgegen. Aufgeklärte, selber denkende Subjekte lassen sich nun mal viel weniger leicht unter objektive Kontrolle bringen. Die Möglichkeit der „Anwen-

<sup>4</sup> Zu dieser methodischen Grundproblematik aller „Praxiswissenschaft“ vgl. eingehend Ulrich (1993: 323ff.).

<sup>5</sup> Vgl. dazu Ulrich (2003: 144ff.).

<sup>6</sup> Zur Unterscheidung von Verfügungs- und Orientierungswissen vgl. Mittelstraß (1982: 19f.).

dung“ szientistischer Verhaltenstheorie in Form einer sozialtechnischen Rationalität wird hier tendenziell (in Praxis und Theorie!) *außer Kraft gesetzt*, indem sie im hegelianischen Sinn in *praktischer Vernunft* aufgehoben wird. (Sozialtechnisch nutzbares Verfügungswissen bleibt selbstverständlich nötig und wertvoll, soweit es selbstbestimmten Handlungszwecken der Menschen dient.)

Diese Unterscheidung zweier erkenntnisleitender Interessen, unter denen der Praxisbezug aller Sozialwissenschaft stehen kann, pflegt neoklassisch geschulte Ökonomen zu irritieren. Denn nach ihrem Selbstverständnis vertreten sie gleichsam ein *methodologisches Amalgam* beider Richtungen. Sie wollen die realen „Gesetze“<sup>7</sup> der „wirtschaftlichen Sachzusammenhänge“ – als empirisches *Objektfeld* – erforschen, um menschliches Tun bzw. gesellschaftliche Institutionen *rational* zu gestalten – im Sinne einer *Aspektwissenschaft*, deren praktische Brauchbarkeit sich keineswegs auf den Gesellschaftsbereich ‚Wirtschaft‘ beschränkt, da im Prinzip jegliches menschliches Tun einen ökonomischen (Knappheits-)Aspekt hat.<sup>8</sup> Für solche aspekthafte Rationalisierung (das heißt ja eigentlich: Vernünftigung) ist aus rein ökonomischer Perspektive eine umfassende praktische Vernunft im philosophisch-ethischen Sinn nicht erforderlich, vielmehr erscheint die ökonomische Rationalität oder *Effizienz* des Umgangs mit knappen Ressourcen aller Art als hinreichend.

Es liegt jedoch im Wesen jeder aspekthaften Betrachtungsweise, dass sie für sich allein niemals das Ganze erfasst: Aspektwissenschaft gibt es vernünftigerweise nur im Plural. Oder konkret: Die so verstandene ökonomische Rationalität ist noch nicht die ganze Vernunft des Wirtschaftens. Gerade „reine“ Ökonomen müssten konsequenterweise ein besonders ausgeprägtes Bewusstsein dafür haben, dass ihr disziplinärer Aspekt, der *economic approach*, prinzipiell der Kontextualisierung bedürfte: einerseits in erklärender Absicht, um des Realitätsgehalts willen, der Einbettung in eine multi- oder interdisziplinäre Betrachtung, und andererseits in praktischer Absicht, um der *ökonomischen Vernunft* willen, in eine wirtschaftsethische Reflexion dessen, was als vernünftig gelten soll. Ein solches Selbstverständnis entwickelt sich in der heutigen Standardökonomik jedoch erst in auffallend halbiertter Weise:

- Soweit sich die Ökonomik als empirisch gehaltvolle, die Wirklichkeit wirklich erklärende und auf dieser Basis sozialtechnologisch nutzbare Wissenschaft versteht, ist die dafür folgerichtige *verhaltenswissenschaftliche Öffnung* längst in Gang. Sie wird so mehr und mehr zu einer *theoretischen Sozialökonomie*, steht aber damit letztlich vor dem Problem, wie sie die Selbstauflösung in Wirtschaftssoziologie

<sup>7</sup> Die Rede von (quasi-)naturwissenschaftlichen „Gesetzen“ („Naturgesetzen“) der sozialen Welt erinnert selbst noch an den Ursprung aus dem juristischen und staatlichen Gesetzesbegriff, also aus humaner Praxis. Über den Umweg einer schöpfungstheologisch-naturrechtlichen Welterklärung – mit Gott als dem Gesetzgeber im Kosmos, auch im „ökonomischen Kosmos“ (Weber 1988: 568) des Marktes – fand er seinen Eingang in die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Vgl. dazu Topitsch (1972).

<sup>8</sup> Dies ist der Ausgangspunkt des Verständnisses von Ökonomik als allgemeiner Theorie menschlichen Verhaltens und gesellschaftlicher Institutionen auf der Linie von Becker (1982).

und damit den Verlust ihrer identitätsstiftenden Rationalitätsperspektive vermeiden kann.<sup>9</sup>

- Soweit sich die Ökonomik dagegen als normativ gehaltvolle Wissenschaft zur „rationalen“ Gestaltung der Wirtschaftspraxis und Wirtschaftspolitik versteht, ist ihr das Bewusstsein für die Partialität des ökonomischen Rationalitätsgesichtspunkts als eines, aber keineswegs *des* „Prinzips“ vernünftigen Wirtschaftens bis heute weitestgehend fremd geblieben; vielmehr versteht sie sich i.d.R. als hinreichendes Programm rationaler Handlungsorientierung und Praxisgestaltung, das im Sinne eines methodologisch verstandenen ökonomischen Imperialismus (Homann/Suchanek 2000: 437ff.) ethisch-praktische Begründungsansätze *restlos* zu substituieren vermöge. „Ökonomik als Ethik mit andern Mitteln“ (Homann 1994: 13; 1996: 180) erscheint so auch in normativer Absicht als wissenschaftlich vorzugswürdiger, da ohne moralische Kategorien auskommender Ansatz rationaler Handlungsorientierung oder Institutionengestaltung, nämlich als eine „reine“ *Moralökonomik*, auf der sich eine „moderne“ normative oder eben politische Ökonomik aufbauen lasse. So aber wird die überfällige *wirtschaftsethische Öffnung* der Ökonomik nicht gefördert, sondern verhindert.

## 2.2 Ökonomismuskritik: Wider die Reduktion von praktischer Vernunft auf „rein“ ökonomische Rationalität

Wo kein in seiner vernünftigen Gültigkeit und Verbindlichkeit *begründeter* normativer Input ist, kann auch kein normativ gehaltvoller Output resultieren. Die Quadratur des Kreises – und das bedeutet hier: die *methodische Reduktion* von praktischer Vernunft auf rein ökonomische Rationalität (Effizienz) – kann auch hier nicht gelingen, sondern letztlich nur auf verdeckter *impliziter* Normativität beruhen. Diese wird methodisch erzeugt, indem die Wirtschaftssubjekte so modelliert werden, *als ob* (*as if*<sup>10</sup>) sie *Homines oeconomici* wären, die kein anderes Motiv und Kriterium rationalen Handelns als das der je privaten Nutzen-, Erfolgs- oder Vorteils*maximierung* kennen. *Was* da konkret zu maximieren ist, wird als jeweils „gegebene Präferenz“ freier Individuen betrachtet, die keiner externen ethisch-kritischen Erörterung bedarf und vor entsprechenden Ansprüchen sogar zu schützen ist.<sup>11</sup> Hauptsache, es wird maximiert! Die Maximierungsprämisse eliminiert nämlich alle Indeterminiertheiten und macht bei gegebenen (beliebigen) Präferenzen den jeweils *einzigen* rationalen Weg berechenbar – denn es gibt zwar viele Wege nach Rom, aber nur einen kürzesten. Der Reflexionsraum prakti-

<sup>9</sup> Auf die vom Autor schon in den frühen 80er Jahren vorausgesagte Entwicklungstendenz von der autonomen Ökonomik (*as-if*-Idealtheorie) hin zunächst zu einer theoretischen und dann aus immanenten Erfordernisse heraus auch wieder zu einer praktischen Sozialökonomie (Ulrich 1993: 341ff.; zuletzt ders. 2004: 65ff.) braucht hier nicht näher eingegangen werden, soweit es die erklärende Funktion von Wirtschaftswissenschaft betrifft, da im Fokus dieses Beitrags ihre implizite oder explizite normative Funktion als „Politische Ökonomie“ steht.

<sup>10</sup> Als herausragende, ausdrücklich methodologisch argumentierende Repräsentanten des „*as if*“ *approach* seien Friedman (1953) und Brennan/Buchanan (1985: 46ff.) genannt.

<sup>11</sup> Zu diesem nicht nur methodologischen, sondern *normativen Individualismus* des *economic approach* und dem ihm zugrundeliegenden, selbst noch ökonomistisch verkürzten Freiheitsverständnis vgl. Ulrich (2001: 115, 187ff., 293ff.).

scher Sinn- und Legitimitätsorientierung, wie sie mehr oder weniger vernünftige Menschen mehr oder weniger intensiv tätigen, wird so gleichsam durch die Einführung eines (letztlich natürlich paradoxen) „rationalen Determinismus“ und damit eines axiomatisch eingeführten Sachzwangdenkens geschlossen.<sup>12</sup> Auf diesem Trick eines „methodischen Ökonomismus“, wie Karl Homann (1996: 181) nach entsprechender Kritik eingeräumt hat, beruht die ganze scheinbare normative Kraft der „reinen“ normativen Ökonomik als der besseren, da moralfreien Politischen Ökonomie.

Auf diese „methodische“ Weise wird von der Standardökonomik bis heute die wessensgemäße Indeterminiertheit der Ziele und Zwecke rationalen Wirtschaftens eliminiert, die in der prinzipiellen Willens- und Handlungsfreiheit der menschlichen (Wirtschafts-) Subjekte wurzelt und eigentlich nach dem kritisch-reflexiven Wissenschaftstyp verlangt; stattdessen wird die scheinbar entpolitisierte „Politische Ökonomie“ dem szientistischen Wissenschaftsmodell zugeführt. Was eigentlich Sache ethisch-vernünftiger *Begründung* wäre, nämlich die lebenspraktisch sinnvolle und gesellschaftlich legitime Orientierung im Wirtschaftsleben, wird auf ein pures *Nutzenmaximierungsskalenkül* reduziert. So verwandelt sich die Politische Ökonomie, die sich an ihrem Anfang ganz lebensnah als nicht verselbständigbarer Teil der Ethik verstand (aristotelische Trias), sozusagen in eine Rechenmaschine.<sup>13</sup>

Die normativen Hintergrundannahmen dieser durchaus „starken“, aber unbegründeten Vorentscheidung sind offenkundig die der utilitaristischen Ethik. Angesichts der teils noch auf metaphysisch-naturrechtlichen Traditionen ruhenden klassischen Politischen Ökonomie machte es gerade die Attraktivität des utilitaristischen Programms der (sich selbst so nennenden) *Philosophical Radicals* (J. Bentham, J. S. Mill) aus, dass dieses erstmals einen vordergründig aus der Moralthologie und Metaphysik emanzipierten Ansatz rein rationaler Behandlung normativ-praktischer Fragen anzubieten versprach. Die innere Affinität dieser rationalen Ethik einer „Kaufmannsseele“ (Weber 1973: 394) zu dem sich im „großen Boom“ von etwa 1848-75 (Hobsbawm 1977: 45ff.) immer mehr aus allen moralischen Hemmungen und institutionellen Bindungen emanzipierenden ökonomischen Nutzen-, Vorteils- und Gewinnstreben legte es damals nahe, auf dieser Basis die neoklassische Lehre normativ abzustützen (subjektive Wertlehre und Grenznutzentheorie).<sup>14</sup>

Den Kulminationspunkt des ökonomischen Reduktionismus bildet denn auch die Übertragung des utilitaristischen Prinzips auf ganze Volkswirtschaften, indem ihnen in utilitaristischer Weise die „soziale“ Gesamtnutzenmaximierung als vorgegebenes, sozial konfliktfreies und daher ethisch-politisch neutrales oder zumindest geteiltes Ziel unterstellt wird, *als ob* ganze Volkswirtschaften quasi wie *ein* Mann, nämlich ein Homo oeconomicus, handeln wollten bzw. sollten. Die letzte Steigerung findet sich in der Hoffnung, eine voraussetzungs- und orientierungslose Globalisierung deregulierter

<sup>12</sup> Vgl. zu dieser „paradigmatischen Kunst des methodischen Sachzwangdenkens“ Ulrich (2001: 152ff.).

<sup>13</sup> Zu den methodologischen und metaphysischen Prämissen und Implikationen dieser „berechnenden Rationalität“ vgl. auch Brodbeck (2000: 189ff.).

<sup>14</sup> Für eine eingehende Kritik des Utilitarismus als normativer Grundlage der Ökonomik vgl. Ulrich (1993: 173ff.).

Märkte diene der Maximierung des Weltgemeinwohls. Diese „kommunistische Fiktion“ des Wirtschaftsliberalismus hat Gunnar Myrdal (1976: 48, 113, 135ff.) schon vor über 70 Jahren eindringlich kritisiert als die Unterstellung einer „einheitlichen Zwecksetzung für den Wirtschaftsablauf, wo keine ist“ (112), und ihr die kritische Frage nach dem „Subjekt der Wertsetzung“ (136) entgegengehalten. Die jüngere Neoklassik hat mit ihrer Umstellung auf den methodologischen (und implizit normativen!) Individualismus die utilitaristische Fiktion einer konfliktfreien Aggregierbarkeit individueller Präferenzen und mit ihrer kontraktualistischen Wendung auf der Linie von Hobbes bis Buchanan (1975) zwar hinter sich gelassen, aber am vorausgesetzten Maximierungsdeterminismus hat sich in der resultierenden „normativen Logik des Vorteilstausches“ (Ulrich 2001: 184ff.) nichts geändert.

Eine so konzipierte „Politische Ökonomie“ vermag das Politische dann nicht mehr als ein in angemessenen Kategorien ethisch-praktischer Vernunft zu begründendes *Kriterium* ihrer normativen Orientierung zu begreifen, sondern hat nur noch zwei Wege offen: entweder sie reduziert – als reine normative Ökonomik – das „politische Element“ (Myrdal) selbst noch zirkulär auf „methodischen Ökonomismus“ oder aber sie erfasst es – als „Neue Politische Ökonomie“ in erklärender Absicht – nur mehr additiv als einen *Gegenstand* rein ökonomischer Analyse. Von einer praktischen Perspektive in Richtung unverkürzt verstandenen vernünftigen Wirtschaftens mündiger Wirtschaftsbürger und entsprechender politischer Gestaltung der Rahmenbedingungen bleibt auf beiden Wegen keine Spur. Da hilft in praktischer Absicht möglicherweise nur der Neuanfang bei der aufklärerischen Tradition der Klassiker weiter.

### 3. Das Politische in der klassischen Politischen Ökonomie Adam Smiths und John Stuart Mills – Vorläufer einer methodischen Rekonstruktion

Es sind durchaus schon die großen Moralphilosophen unter den Klassikern der Politischen Ökonomie, die vor der Weggabelung zwischen ethisch orientierter Politischer Ökonomie und ihrer methodisch-reduktionistischen Entpolitisierung zur neoklassisch „reinen“ Wirtschaftstheorie standen, auch wenn sie sich noch – mit der entsprechenden Ambivalenz und Unentschiedenheit – um die Wahrung des ethisch-politisch-ökonomischen Gesamtzusammenhangs bemühten. Aus neoklassischer Perspektive wurde dieses Bemühen später kaum mehr verstanden, und entsprechend verkürzt fielen und fallen immer noch die Einschätzungen aus. Es lohnt sich dahinter zurückzugehen und das Modernisierungspotenzial der klassischen Einklammerungsversuche bei Adam Smith (Abschn. 3.1) und mehr noch bei John Stuart Mill (Abschn. 3.2) zu prüfen.

#### 3.1 Adam Smiths Politische Ökonomie in moralphilosophischer Absicht und ihre Grenzen

Eine lange und symptomatische Fachdebatte beschäftigt sich bis heute mit dem so genannten *Adam-Smith-Problem* (Oncken 1898), das in der angeblichen Unvereinbarkeit seiner Ethik (aufbauend auf der *sympathy*, der moralischen Reziprozität zwischen den Menschen) mit seiner Ökonomie (aufbauend auf dem eigennützigen Streben der Men-

schen) gesehen wird.<sup>15</sup> Doch dies war keineswegs das Problem Adam Smiths; vielmehr wandte er sich der Politischen Ökonomie in der moralphilosophischen Absicht zu, aufzuzeigen, wie die ungenügenden moralischen Bindekräfte zwischen den Menschen mittels der Interessenverschränkung in marktwirtschaftlichen Tauschprozessen verstärkt werden können. Von einer individualistischen Verselbständigung des Selbstinteresses oder gar von einer utilitaristischen Nutzenmaximierungsprämisse kann bei Smith keine Rede sein; das individuelle Vorteils-, Nutzen- oder Gewinnstreben bleibt in ein mehrstufiges Konzept marktwirtschaftlicher Systemintegration (Wettbewerb) und sozialer Integration (*general rules of morality* und rechtsstaatlich zu gewährleistende Gerechtigkeit) eingebettet, und das alles vom Standpunkt des „unparteiischen Beobachters“ aus betrachtet (Abb. 1).

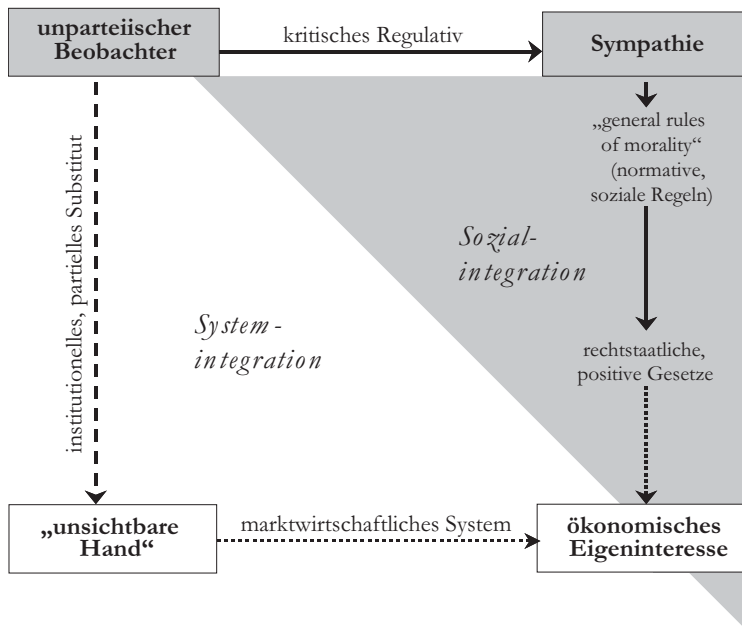


Abb. 1: Adam Smiths ethisch-politisch-ökonomisches Gesamtkonzept

Nur in letzter Instanz wird diese vielschichtige ethisch-politisch-ökonomische Architektur einer liberalen Gesellschaft noch metaphysisch-naturrechtlich der göttlichen Gewährleistung anheim gestellt. Die *invisible hand* taucht auffallenderweise sowohl in der *Theorie der ethischen Gefühle* (1759) als auch im *Wohlstand der Nationen* (1776) je nur einmal auf und verweist an beiden Stellen (Smith 1985: 317; 1983: 371) nicht etwa auf den sich moralfrei selbst regulierenden freien Markt, sondern ganz im Gegenteil auf die *Grenze* seines sozialen Harmonisierungspotenzials – und zwar jeweils an dem Punkt, wo Smiths sonst so präzise Beobachtungen und Analysen nicht mehr aufge-

<sup>15</sup> Zu den verschiedenen, durchweg zu kurz greifenden Standardvarianten der Erklärung dieses Adam-Smith-Problems vgl. Patzen (1991).

hen, nämlich vor dem Problem der krassen sozialen Ungleichverteilung des Wohlstands. Die Metapher von der unsichtbaren Hand steht also nicht etwa, wie die Neoklassiker i.d.R. meinen, für Smiths vermeintliche grosse Entdeckung der Substituierbarkeit von politisch durchgesetzter sozialer Gerechtigkeit durch die Effizienz des „freien“ Marktes, sondern markiert gerade umgekehrt Smiths politisch-ökonomische Schwachstelle.<sup>16</sup>

Dabei deutet vieles darauf hin, dass sich Smith am Ende seines Lebens durchaus darüber im Klaren war, wie im Prinzip – wenn überhaupt – die aristotelische Klammer zwischen Ethik, Politik und Ökonomie auf dem modernen liberalen Niveau einer *civil society* wiederhergestellt werden könnte, nämlich durch das von ihm mehrfach angekündigte, jedoch nicht mehr vollendete dritte Werk zur *Politik* als Bindeglied zwischen Ethik und marktwirtschaftlicher Systemlogik. Dass er seine umfangreichen Manuskripte zum fehlenden Mittelstück zwischen seiner Ethik und seiner Ökonomie kurz vor seinem Tode verbrennen ließ, hat möglicherweise den Grund, dass er den Glauben an die von ihm ursprünglich intendierte liberale Erneuerung der aristotelischen Synthese angesichts der realen Tendenzen zur Verselbständigung der marktwirtschaftlichen Kräfte zunehmend verloren hat (Seifert 1991: 67ff.). Mit dem letztlichen Scheitern seines Gesamtprojekts verkörpert der Moralphilosoph Smith in Personalunion den Klassiker, der eigentlich die aristotelische Einheitskonzeption von Politischer Ökonomie als Moralphilosophie erneuern wollte, aber von seiner theorie- und dogmengeschichtlichen Wirkung her ironischerweise der neoklassischen Zwei-Welten-Konzeption, also der Herauslösung der „modernen“ Ökonomik aus dem ethisch-politischen Kontext, Vorschub leistete.

### 3.2 John Stuart Mills Politische Ökonomie als methodischer Baustein einer umfassenden Sozialökonomie

Analog zum „Adam-Smith-Problem“ ließe sich von einem *John-Stuart-Mill-Problem* sprechen. Mill ist ja nicht nur Autor des in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts meistverbreiteten volkswirtschaftlichen Lehrbuchs *Principles of Political Economy* (erste Auflage 1848), sondern mit seinem ungleich schmaleren, 1859 erschienenen Werk *On Liberty* zugleich der bedeutendste Vordenker des politischen Liberalismus in seinem Jahrhundert. Darin entwickelte er Ideen, die mit einem reduktionistischen Wirtschaftsliberalismus schwerlich vereinbar sind. Auch im Falle Mills erscheint es aus neoklassischer Perspektive kaum mehr nachvollziehbar, wie das alles unter einen systematischen Hut passen könnte. Daher ist es üblich geworden, gegen Mill den zuerst ausgerechnet von Myrdal (1976: 123) erhobenen *Eklektizismusvorwurf* zu repetieren. Doch der Vorwurf wird Mills komplexer Gesamtarchitektur so wenig gerecht wie die (inzwischen nicht mehr ganz so übliche) halbierte Lesart Smiths als des vermeintlichen Begründers eines radikalen Marktliberalismus.

Besonders interessant an Mill ist, dass er – nicht einmal ein Jahrhundert nach Smith – methodologisch bereits wesentlich präziser und moderner arbeitet: Die tendenziell auseinander brechende aristotelische Trias von Ethik, Politik und Ökonomie wird

---

<sup>16</sup> Vgl. zu dieser These Ulrich (1991: 175ff.). Dort finden sich auch die genauen Textbelege Smiths.

nicht mehr mit einer Einheitskonzeption von praktischer Philosophie und Sozialwissenschaft aufrechtzuerhalten versucht, sondern durch die systematische Verhältnisbestimmung zwischen methodologisch klar differenzierten und spezialisierten Teildisziplinen erneuert.<sup>17</sup> Beide am jüngeren neoklassischen Paradigma kritisierten Mängel, die wissenschaftstheoretische *und* die ökonomistische Verkürzung (vgl. oben, Abschn. 2), vermag Mill auf bemerkenswerte Weise zu vermeiden.

Wissenschaftstheoretisch ist er sich der unaufhebbaren kategorialen Differenzen und der unterschiedlichen erkenntnisleitenden Interessen zwischen praktischer Philosophie und moderner Wirtschaftstheorie voll bewusst, ja mehr noch: er arbeitet sie, darin Adam Smith und David Ricardo<sup>18</sup> bei weitem übertreffend, in seinem schon 1836 veröffentlichten Essay *On the Definition of Political Economy* überhaupt erstmals systematisch aus. Mill (1967: 316ff.) geht von der Unterscheidung zwischen Naturwissenschaften („physical sciences“) und Geisteswissenschaften („moral sciences“) aus und kritisiert ein szientistisches, quasinaturwissenschaftliches Verständnis der Politischen Ökonomie. Zwar befasse sich diese im Bereich der Produktion teilweise mit Natur- oder Sachgesetzmäßigkeiten („laws of matter“), doch definiere das noch nicht ihren konstitutiven Gegenstand; vielmehr befasse sie sich mit der Wohlstandsproduktion und -distribution *im gesellschaftlichen Kontext* („what belongs to man ... as living in a state of *society*“, 319), weshalb sie untrennbar von der Ethik abhängen. Mill folgert daraus, dass eine dementsprechende *Social Economy* ihren Gegenstand nur hinreichend erfassen und als „the scientific foundation of practical politics“ fungieren könne, wenn sie sich aus unterschiedlichen Teildisziplinen zusammensetze: „it either is not science at all, or it is several sciences“ (319). Die Politische Ökonomie sei nur jener aspekthafte Teil der Sozialökonomie, der sich mit der effizienten Wohlstandsschaffung unter gänzlicher Abstraktion von allen anderen menschlichen Motiven und Zielen befasse. Sie argumentiere daher „from assumptions, not from facts“ (325), weshalb ihre praktischen Schlüsse auch nur unter solchen *angenommenen* Prämissen brauchbar seien (323, 326).<sup>19</sup> Die *normativen* Prämissen des praktischen Wirtschaftslebens und seiner politischen Gestaltung entziehen sich jedoch den methodisch erzeugten ökonomischen Sachgesetzmäßigkeiten („laws of matter“); sie bleiben Sache der *freien* ethisch-politischen Erörterung und Wahl im Rahmen der „bürgerlichen oder sozialen Freiheit“ (Mill 1974: 5), deren vernünftiger Ausfüllung sich Mill folgerichtig in seiner philosophischen Erörterung des Liberalismus zuwendet.

Mill bewahrt so in systematisch überzeugender Weise die *Freiheit praktischer Sozialökonomie* (Ulrich 2006: 277ff.) vor den Gefahren eines methodisch erzeugten ökonomi-

<sup>17</sup> Zum Nachfolgenden vgl. die eingehendere Entfaltung in Ulrich (2006).

<sup>18</sup> Das von Schumpeter (1965: 584) so bezeichnete „ricardianische Übel“ besteht in der mangelhaften Unterscheidung zwischen axiomatisch „as if“ gesetzten *Annahmen* sowohl von empirischen *Hypothesen* als auch von begründeten normativen *Handlungsmaximen*. Vgl. dazu auch Ulrich (1993: 196ff.).

<sup>19</sup> Niemand anders als J. St. Mill selbst erweist sich damit als der pionierhafte Begründer des heutigen Selbstverständnisses der reinen Ökonomik als einer aspekthafte „as if“-Wissenschaft; vgl. oben, Abschn. 2.2. Im Unterschied zu seinen neoklassischen Nachfolgern kann Mill jedoch viel disziplinierter mit der theoretischen und praktischen Reichweite seines Ansatzes umgehen, da er „das Andere der rein ökonomischen Vernunft“ systematisch im Blick behält.

schen Determinismus und seiner unbedachten normativen Wendung in einen ökonomischen Reduktionismus, der letztlich in *politischen Ökonomismus*<sup>20</sup> münden würde. Mag sich in der methodisch enggeführten Politischen Ökonomie als der fiktiven Welt purer ökonomischer Sachgesetzmäßigkeiten durchaus die idealtypisch ins Reine modellierte *tatsächliche* Sach(zwang)logik des „freien“ Marktes spiegeln, so gilt dennoch der normative Vorrang der Bürgerfreiheit, und zwar in der akademischen Theorie ebenso wie in der Praxis einer freiheitlichen Gesellschaft. Es ist also auch in der Wirtschaftswissenschaft geboten – und, wie wir heute beifügen könnten, die spezifische Aufgabe moderner Wirtschaftsethik –, die beiden institutionellen Ebenen von Gesellschaft und Marktwirtschaft systematisch auseinander zu halten und ihre normativ richtige *Rangordnung* durchzuhalten: Unter Mills emanzipatorischem bürgerliberalen Horizont bleibt der „freie“ Markt prinzipiell nachrangig – aber das schließt keineswegs aus, dass überall dort, wo Marktsteuerung aus der ethisch-politischen Perspektive freier Bürger erwünscht ist, „*Laissez-faire* ... die allgemeine Regel“ sein kann (Mill 1968: V 265). Es handelt sich dabei eben um eine in übergeordnete ethisch-politische Gesichtspunkte eingebettete, *bedingte* Regel des marktwirtschaftlichen Systems; gegenüber der professionellen Gefahr ihrer ökonomistischen Übersteigerung bleibt Mill systematisch immun. Und so kann er sehr wohl gesellschaftspolitische Leitideen entwickeln, die den Vorstellungen eines einseitigen Wirtschaftsliberalismus teilweise diametral entgegenstehen, wie etwa die „Emanzipation der Arbeit“ aus der Abhängigkeit von den Kapitalbesitzern mittels selbstverwalteter „Assoziationen“, die quantitative Einschränkung des Erbschaftsrechts, ein unbedingtes Grundeinkommen für alle Bürger sowie „ein Minimum des Arbeitslohns“.<sup>21</sup> Wer deswegen mit Myrdal (1976: 123) in Mill nur mehr einen „sozialpolitisch eingestellten liberalistischen Eklektiker“ zu sehen vermag, hat die zweistufige sozialökonomische Gesamtkonzeption Mills nicht begriffen und erliegt offenbar der Verkürzung von Bürgerfreiheit auf Marktfreiheit.

Demgegenüber macht es gerade die unerhörte Aktualität John Stuart Mills aus, dass er einen wissenschaftsprogrammatischen Weg des gedanklichen Ausbruchs aus dem heute in Theorie und Praxis vorherrschenden politisch-ökonomischen Sachzwangsdiskurs aufzeigt: Statt das aufgeklärte Leitbild einer wohlgeordneten Gesellschaft freier und als solche gleicher Bürger (Rawls 1992: 88ff., 108ff.) fortschreitend den „Zwängen“ des internationalen Standortwettbewerbs zu opfern und damit Ziel und Mittel zu verkehren, kommt es heute mehr denn je darauf an, systematisch zwischen Gesellschaftspolitik und Wirtschaftspolitik unterscheiden zu lernen. Ökonomische Liberalisierung ist nicht Selbstzweck, sondern ein Mittel zur Verwirklichung des eigentlichen Zwecks, nämlich der allgemeinen Bürgerfreiheit. Sie kann sich nur dann fortschrittlich auswirken, wenn die gesellschaftspolitischen *Voraussetzungen* dafür gewährleistet sind, dass die möglichen Effizienzgewinne in fairer Weise der realen Freiheit aller Bürger förderlich sind. Erst *innerhalb* des entsprechenden bürgergesellschaftlichen Rechts- und Solidarzusammenhangs darf dann sehr wohl „*Laissez-faire* ... die allgemeine Regel“ sein. Das erfolgreiche dänische „Flexicurity“-Konzept, das flexible, erstaunlich weit-

<sup>20</sup> Zum Begriff und zu den aktuellen akademischen Erscheinungsformen des politischen Ökonomismus vgl. Ulrich (2001: 195ff., spez. 201f.).

<sup>21</sup> Vgl. die Belegstellen sowie die Interpretation in Ulrich (2006: 269ff.).

gehend deregulierte Arbeitsmärkte *im Rahmen* der ebenso konsequent ausgebauten sozialen Bürgerrechte zulässt, kann vielleicht als aktuelles praktisches Beispiel für die Mill'sche Differenzierung einer zweistufigen Sozialökonomie dienen. Seine Konzeption lässt jene gängige ökonomistische Konfusion zwischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik hinter sich, die zur ebenso merkwürdigen wie beklemmenden Symptomatik geführt hat, dass die nicht ganz „reine“ politisch-ökonomische „Sachlogik“ der neoklassisch geprägten Standardökonomik von deren „Sachverständigen“ unter den heutigen volks- und weltwirtschaftlichen Gegebenheiten immer deutlicher *gegen* die Leitideen einer wahrhaftigen Bürgergesellschaft vorgetragen wird, statt dass eine wissenschaftlich gestützte Wirtschaftspolitik fortschrittliche Wege *im Dienste* einer wohlgeordneten Gesellschaft freier und gleicher Bürger aufzeigen würde. Daraus sollte eine wirtschaftsethisch aufgeklärte, zukunftsfähige Politische Ökonomie heute systematische Konsequenzen ziehen.

#### 4. Perspektive einer wirtschaftsethisch integrierten Politischen Ökonomie: Dualistische Programmatik von Sozial- und Systemökonomie

Auf dem Hintergrund der vorangehenden Erörterungen sollte eine unverkürzte politisch-ökonomische Programmatik und eine entsprechende wirtschaftswissenschaftliche Lehre auf allen Bildungsstufen – auch derjenigen einer „Wirtschaftsbürgerkunde“, wie sie etwa auf der Sekundarstufe II als Element einer zeitgemäßen Allgemeinbildung dienen könnte –, zwei grundlegenden Anforderungen entsprechen: Zum einen sollte zwischen einer konventionellen *Bereichslehre* der Wirtschaft und einer *Aspektlehre* der ökonomischen (Rationalitäts-)Perspektive unterschieden und beides im ethisch-politischen Kontext reflektiert werden (Abschn. 4.1). Zum andern gilt es innerhalb der Bereichslehre der Wirtschaft wiederum zwischen *Wirtschaftssystem* (Systemökonomie) und dem gesellschaftlichen *Wirtschaftsleben* (Sozialökonomie) zu unterscheiden (Abschn. 4.2). Kurze programmatische Hinweise müssen nachfolgend genügen; die fachdidaktische Ausarbeitung der vorgeschlagenen Systematik (Abb. 2) stellt eine noch weitgehend brachliegende wirtschaftspädagogische Aufgabe dar (Ulrich 2005a):

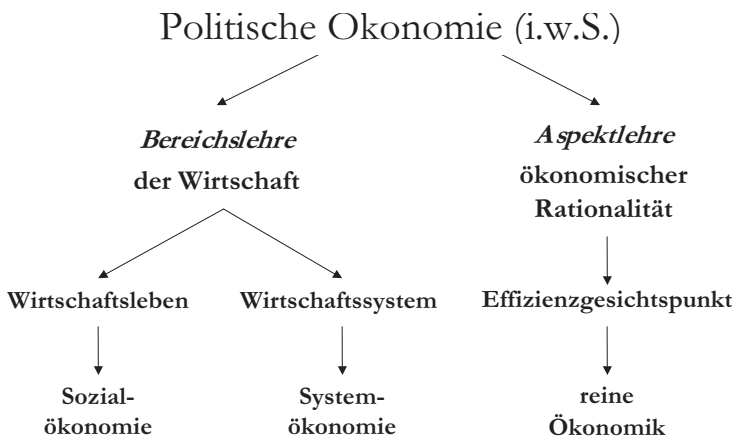
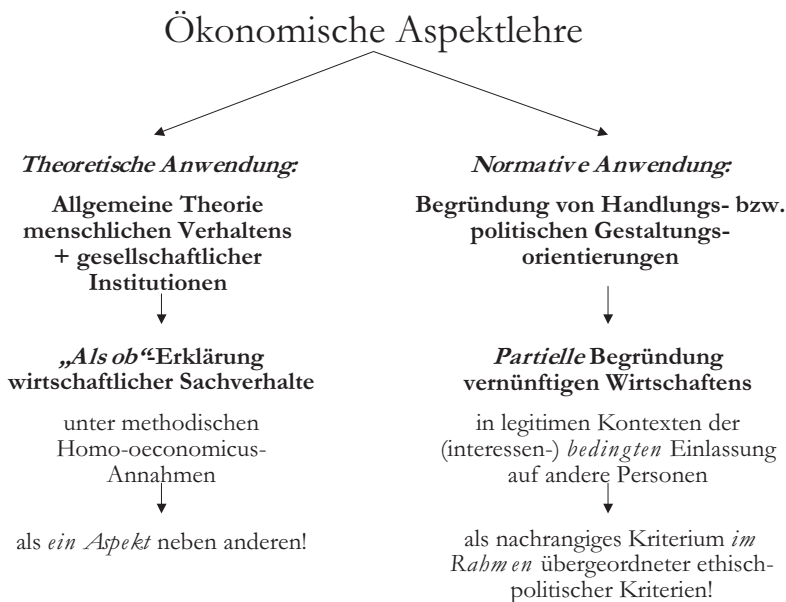


Abb. 2: Gesamtkonzept politisch-ökonomischer Bildung

#### 4.1 Aspektlehre der ökonomischen Perspektive vs. Bereichslehre der Wirtschaft

In der herkömmlichen wirtschaftswissenschaftlichen Lehre wurde oder wird das Fach teilweise noch immer – im Gegensatz zum aktuellen Selbstverständnis der akademischen Ökonomik – fast ausschließlich als Bereichslehre der Wirtschaft gelehrt. „Die Wirtschaft“ wird dabei als ein spezieller, klar abgrenzbarer Gesellschaftsbereich dargestellt, in dem eigene (eben ökonomische) „Gesetzmäßigkeiten“ gelten. Dass im Zuge des fortschreitenden ökonomischen Rationalisierungsprozesses immer größere Bereiche der Lebenswelt diesen „Gesetzmäßigkeiten“ unterworfen werden und damit die einst problemlose Unterscheidung von Wirtschaft und Gesellschaft ebenso verschwimmt wie ihr angemessenes Verhältnis, kommt kaum in den Blick. Dementsprechend werden der universalistische Geltungsanspruch der ökonomischen Rationalitätsperspektive (ökonomischer Imperialismus), ihr realer Hintergrund einer tendenziell verselbständigten marktwirtschaftlichen Systemlogik und ihre implizite Normativität nur selten thematisiert oder gar kritisch reflektiert. Doch genau dies ist heute in (*reflexions-*)bildender Absicht auf die Orientierung im ethisch-politisch-ökonomischen Denken bedeutsam. Nur wenn im Mill'schen Sinne eines sozialökonomisch *kontextualisierten* methodischen Reduktionismus der *aspekthafte* Charakter der „rein“ ökonomischen Rationalitätsperspektive klar gemacht wird, kann jeweils einem naheliegenden ökonomistischen Fehlschluss vorgebeugt werden (*Abb. 3*):



*Abb. 3: Die beiden Verwendungsformen der ökonomischen Aspektlehre*

- In der *theoretischen* Anwendung droht der Irrtum, der disziplinäre Aspekt der ökonomischen Theorie erkläre die *ganze Realität* menschlichen Verhaltens (ökonomische Theorie als vermeintlich hinreichende Sozialwissenschaft). Das trifft in keiner Weise zu: Indem eine disziplinäre Aspektlehre quasi wie durch einen Polarisationsfilter ein monoperspektivisches Licht auf ihren Gegenstand wirft, dunkelt sie alle anderen Aspekte wesensgemäß ab. Der Realität als Ganzes kann man sich jedoch bestenfalls in einer interdisziplinären Vielzahl von sich ergänzenden Perspektiven annähern.
- In der *normativen* Anwendung (normative Ökonomik) kommt der drohende ökonomistische Reduktionismus im fatalen Missverständnis zum Ausdruck, die ökonomische Rationalität sei schon die *ganze praktische Vernunft* und liefere damit eine hinreichende Begründung von wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Gestaltungsvorschlägen. Doch die ökonomische Rationalität „begründet“ nur die (interessen-)bedingte Interaktion mit anderen um des je eigenen Vorteils willen und verfehlt so den philosophisch-ethischen Vernunftstandpunkt der Moral, der auf der *unbedingten* (kategorischen) wechselseitigen Achtung und Anerkennung der Menschen als gleicher Würde um ihrer selbst willen beruht. Die „normative Logik der Zwischenmenschlichkeit“ (Ulrich 2001: 23ff.) lässt sich nicht auf die normative Logik des Vorteilstausches reduzieren – und damit lebenspraktisch vernünftiges Wirtschaften nicht auf reine ökonomische Rationalität, Ethik nicht auf Ökonomik, Gerechtigkeit nicht auf (Pareto-) Effizienz (Ulrich 2001: 184ff.).

Es geht nicht etwa darum, die Perspektive der „reinen“ Ökonomik abzuwerten, sondern vielmehr darum, bewusst und verständlich zu machen, dass im Zuge des geschichtlichen Rationalisierungs- und Modernisierungsprozesses der Markt zum Paradigma eines ökonomischen Rationalitätsmusters geworden ist, das inzwischen fast alle Lebensbereiche durchdringt und insofern in durchaus realistischer Weise von der heutigen Wirtschaftstheorie bereichsunabhängig als *allgemeines* Konzept rationalen Verhaltens betrachtet wird, sei es zum Zwecke der Erklärung nahezu aller gesellschaftlichen Realitäten oder in (nicht unproblematischer) normativ-praktischer Absicht.

Rational mit der ökonomischen Rationalitätsperspektive umzugehen heißt also ihre *Aspekthaftigkeit* zu verstehen und sich bewusst zu sein, dass sie menschliches Handeln bzw. gesellschaftliche Institutionen weder in empirisch-analytischer noch in normativ-praktischer Absicht als rational schlechthin ausweisen kann. Nur wer das wirklich begriffen hat, kann ökonomistisch-ideologische Rhetorik durchschauen und sich mit ihr als mündiger Wirtschaftsbürger kritisch auseinander setzen, statt ihr argumentativ ohnmächtig ausgeliefert zu sein.<sup>22</sup>

<sup>22</sup> Darin besteht wesentlich die pädagogische Idee des St. Galler Ansatzes der Integrativen Wirtschaftsethik. Vgl. dazu aus wirtschaftspädagogischer Sicht Retzmann (2000).

## 4.2 Sozialökonomie vs. Systemökonomie

Die postulierte Multiperspektivität hat nun auch innerhalb einer Bereichslehre der Wirtschaft spezifische Konsequenzen. Üblicherweise analysiert die Volkswirtschaftslehre ihren zentralen Gegenstand, das marktwirtschaftliche *System*, nur in funktionaler Perspektive. Eine reine *Systemökonomie* blendet jedoch aus, dass die Marktwirtschaft zugleich eine *gesellschaftliche Institution* ist, die von den Menschen hinsichtlich ihrer Lebens- und Gesellschaftsdienlichkeit beurteilt wird und nicht nach rein ökonomischen, sondern immer auch – und letztlich vorrangig – nach ethisch-politischen Kriterien zu gestalten ist. Diesen gegenüber bleibt eine rein funktionale Systemperspektive buchstäblich verständnis- und ratlos. Genau deshalb ist heute Wirtschaftsethik mit ihrem unmittelbar lebensweltlichen Blick auf das „Wirtschaftsleben“, die Wirtschaftsordnung und die Wirtschaftspolitik gefragt: als deren normativ-kritische Grundlagenreflexion.

In dem Maß, wie die öffentlich debattierten politisch-ökonomischen Fragen sich um das im Kontext der Globalisierung wachsende Spannungsfeld zwischen dem normativen „Eigensinn“ der marktwirtschaftlichen Systemlogik einerseits und ethisch-politischen Leitideen einer lebensdienlichen Wirtschaftsweise und Wirtschaftsordnung andererseits drehen, verliert eine einseitige Systemökonomie ihren theoretischen Erklärungs- und ihren praktischen Orientierungswert. Sie bedarf daher heute der Einbettung in eine (theoretische und praktische) *Sozialökonomie*, welche die Probleme des Wirtschaftens aus dem Blickwinkel der Lebenswelt erhellt (Ulrich 2003; 2004). Dieser kommt sogar der Primat zu, denn das Wirtschaftssystem ist ja letztlich Mittel im Dienste der Gesellschaft und nicht umgekehrt. Eine Wirtschaftslehre, die den instrumentalten Sinn des wirtschaftlichen Systems ausblendet und dieses nur noch in seinem „Eigensinn“ behandelt, verdoppelt unkritisch die tendenzielle Realität eines *zu weitgehend* verselbständigten Wirtschaftssystems (Abb. 4).

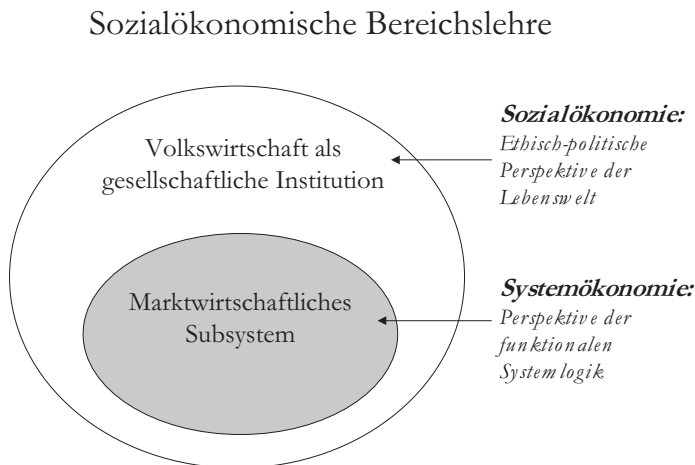


Abb. 4: Sozial- und Systemökonomie

Im Hinblick auf die „sachliche“ Sensibilisierung für die Problematik des in der Realität ebenso wie im ökonomischen Denken möglicherweise *zu sehr* verselbständigten Wirtschaftssystems geht es darum, zunächst in einer historisch-genetischen (kultur- und wirtschaftsgeschichtlichen) Perspektive die Herausbildung eines relativ autonomen marktwirtschaftlichen Systems aufzuzeigen, um es danach gedanklich in Beziehung zu setzen zu den umfassenderen Fragen einer wohlgeordneten Gesellschaft. Worauf es dabei konkret ankommt, ist eine Perspektive der *Wirtschaft in der Gesellschaft*, vorzugsweise unter dem (hier nicht weiter zu entfaltenden) politisch-philosophischen Leitbild einer freiheitlich-demokratischen Bürgergesellschaft.<sup>23</sup>

Wie weit eine solche dualistische Politische Ökonomie und der ihr gemäße Primat der Sozialökonomie vor der Systemökonomie ein „realistisches“ Konzept darstellt und ob die erklärende oder die kritisch-normative Funktion überwiegt, liegt am Ende wesentlich an der Praxis selbst. Solange sich nämlich die Spannung zwischen den ethisch-politischen Leitideen der Gesellschaft, in der wir als freie Bürger leben möchten, und der global entgrenzten Eigenlogik der marktwirtschaftlichen Systemdynamik weiterhin verschärft, wird es die wichtigste Aufgabe einer wissenschaftlich unverkürzten Perspektive *vernünftigen Wirtschaftens* sein, das tendenziell eigensinnig wirkende Wirtschaftssystem in Theorie und Praxis zu „zivilisieren“ (Ulrich 2005b). Dies impliziert allerdings, dass in einer Gesellschaft mündiger Bürger das (in Abschn. 2.1 dargelegte) emanzipatorische Erkenntnisinteresse als essenzielle Form des Praxisbezugs einer *politischen* Ökonomie, die auf der Höhe der Zeit ist, begriffen und anerkannt wird.

## Literaturverzeichnis

- Albert, H. (1972): Ökonomische Ideologie und politische Theorie, Göttingen: Otto Schwartz & Co. (1. Aufl. 1954).
- Albert, H. (1975): Traktat über kritische Vernunft, 3. erw. Aufl., Tübingen: Mohr.
- Becker, G. S. (1982): Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens, Tübingen: Mohr.
- Brennan, G./ Buchanan, J. M. (1985) : The Reason of Rules. Constitutional Political Economy, Cambridge, Mass.: Cambridge University Press.
- Brodbeck, K.-H. (2000): Die fragwürdigen Grundlagen der Ökonomie. Eine philosophische Kritik der modernen Wirtschaftswissenschaften, 2. Aufl., Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Buchanan, J. M. (1975): The Limits of Liberty, Chicago/ London: University of Chicago Press.
- Friedman, M. (1953): The Methodology of Positive Economics, in: Ders.: Essays in Positive Economics, Chicago: University of Chicago Press, 3-43.
- Held, M. (1991): „Die Ökonomik hat kein Menschenbild“ – Institutionen, Normen, Menschenbild, in: Biervert, B./ Held, M. (Hrsg.): Das Menschenbild der ökonomischen Theorie, Frankfurt a.M.: Campus, 10-41.

<sup>23</sup> Zu der vom Autor vertretenen politisch-philosophischen Programmatik eines „republikanischen Liberalismus“, verstanden als einer Verbindung von politischem Liberalismus und republikanischem (Wirtschafts-)Bürgerethos, vgl. Ulrich (2001: 293ff.; 2005b: 72ff.).

- Hobsbawm, E. J.* (1977): Die Blütezeit des Kapitals. Eine Kulturgeschichte der Jahre 1848-1875, München: Kindler.
- Homann, K.* (1994): Ethik und Ökonomik, in: Ders. (Hrsg.): Wirtschaftsethische Perspektiven I, Berlin: Duncker & Humblot, 9-30.
- Homann, K.* (1996): Wirtschaftsethik: Angewandte Ethik oder Ethik mit ökonomischer Methode, in: Zeitschrift für Politik 43, 178-182.
- Homann, K./ Suchanek, A.* (2000): Ökonomik. Eine Einführung, Tübingen: Mohr.
- Kant, I.* (1982): Was heißt: sich im Denken orientieren?, in: Immanuel Kant Werkausgabe, hg. v. W. Weischedel, Bd. V, 4. Aufl., Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 265-283.
- Krüßelberg, H. G.* (1983): Property Rights-Theorie und Wohlfahrtsökonomik, in: Schüller, A. (Hrsg.): Property Rights und ökonomische Theorie, München: Vahlen, 45-77.
- Mill, J. St.* (1967): On the Definition of Political Economy, in: John Stuart Mill – Collected Works, ed. by J. M. Robson, Vol. IV, Toronto: University of Toronto Press, 309-339.
- Mill, J. St.* (1968): Grundsätze der Politischen Ökonomie, in: J. St. Mill, Gesammelte Werke, Bde. 5-7, hrsg. v. Th. Gomperz; Neudruck der 4. dt. Ausgabe, Leipzig 1881, Allen: Scientia.
- Mill, J. St.* (1974): Über die Freiheit, hg. v. M. Schlenke, Stuttgart: Reclam.
- Mittelstraß, J.* (1982). Wissenschaft als Lebensform, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Myrdal, G.* (1976): Das politische Element in der nationalökonomischen Doktrinbildung, 1. dt. Aufl. Berlin 1932, 2. Aufl. der Neuausgabe Bonn-Bad Godesberg: Verlag Neue Gesellschaft.
- Oncken, A.* (1898): Das Adam Smith-Problem, in: Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Nr. 1, 25ff., 101ff., 276ff.
- Patzen, M.* (1991): Zur Diskussion des Adam-Smith-Problems – ein Überblick, in: Meyer-Faje, A./ Ulrich, P. (Hrsg.): Der andere Adam Smith. Beiträge zur Neubestimmung von Ökonomie als Politischer Ökonomie, Bern u.a.: Haupt, 21-54.
- Rawls, J.* (1992): Die Idee des Politischen Liberalismus, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Retzmann, Th.* (2000): Zur politisch-moralischen Bildung des mündigen Wirtschaftsbürgers im Medium des Berufs, in: Ethik und Sozialwissenschaften, 11/4, 614-617.
- Schumpeter, J. A.* (1908): Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie, Jena (unveränd. Nachdruck, Berlin: Duncker & Humblot 1970).
- Schumpeter, J. A.* (1965): Geschichte der ökonomischen Analyse, 2 Bde., Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Seifert, E.* (1991): Das Fortschrittsparadox bei Adam Smith – sein unvollendetes System einer Moralphilosophie in ökonomischer Absicht, in: Meyer-Faje, A./ Ulrich, P. (Hrsg.): Der andere Adam Smith, Bern u.a.: Haupt, 55-96.
- Smith, A.* (1983): Der Wohlstand der Nationen, hg. v. H. C. Recktenwald, 3. Aufl., München: dtv.
- Smith, A.* (1985): Theorie der ethischen Gefühle, hg. v. W. Eckstein, Nachdruck, Hamburg: Meiner.
- Topitsch, E.* (1972): Zum Gesetzesbegriff in den Sozialwissenschaften, in: Albert, H. (Hrsg.): Theorie und Realität, 2. Aufl., Tübingen, 317-330.
- Ulrich, P.* (1991): Der kritische Adam Smith – im Spannungsfeld zwischen sittlichem Gefühl und ethischer Vernunft, in: Meyer-Faje, A./ Ulrich, P. (Hrsg.): Der andere Adam Smith, Bern u.a.: Haupt, 145-190.

- Ulrich, P. (1992): Rezension zu Biervert, B./ Held, M. (Hrsg.): Das Menschenbild der ökonomischen Theorie (1991), in: *Journal of Institutional and Theoretical Economics*, Vol. 148, No. 3, 520-524.
- Ulrich, P. (1993): Transformation der ökonomischen Vernunft. Fortschrittsperspektiven der modernen Industriegesellschaft, 3. rev. Aufl. (1. Aufl. 1986), Bern u.a.: Haupt.
- Ulrich, P. (2000): Integrative Wirtschaftsethik: Grundlagenreflexion der ökonomischen Vernunft, in: *Ethik und Sozialwissenschaften*, 11/4, 555-567 (Hauptartikel, mit nachfolgenden Kritiken, 567-631, und Replik: Integrative Wirtschaftsethik im Rationalitätenkonflikt, 631-642).
- Ulrich, P. (2001): Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie, 3. rev. Aufl. (1. Aufl. 1997), Bern u.a.: Haupt.
- Ulrich, P. (2003): Wirtschaftsethik als Praktische Sozialökonomie. Zur kritischen Erneuerung der Politischen Ökonomie mit vernunftethischen Mitteln, in: Breuer, M./ Brink, A./ Schumann, O. J. (Hrsg.): *Wirtschaftsethik als kritische Sozialwissenschaft*, Bern u.a.: Haupt, 141-165.
- Ulrich, P. (2004): Der ethisch-politisch eingebettete Markt. Programmatische Überlegungen zu einer Praktischen Sozialökonomie, in: Jochimsen, M. A./ Kesting, S./ Knobloch, U. (Hrsg.): *Lebensweltökonomie*, Bielefeld: Kleine Verlag, 55-81.
- Ulrich, P. (2005a): Sozialökonomische Bildung für mündige Wirtschaftsbürger. Ein programmatischer Entwurf für die gesellschaftliche Rekontextualisierung der wirtschaftswissenschaftlichen Lehre. *Berichte des Instituts für Wirtschaftsethik*, Nr. 105, St. Gallen: IWE-HSG.
- Ulrich, P. (2005b): *Zivilisierte Marktwirtschaft. Eine wirtschaftsethische Orientierung*, 2. Aufl., Freiburg i.B.: Herder.
- Ulrich, P. (2006): John Stuart Mills emanzipatorischer Liberalismus. Die allgemeine Bürgerfreiheit und ihre sozialökonomischen Implikationen, in: Ulrich, P./ Abländer, M. S. (Hrsg.): *John Stuart Mill. Der vergessene politische Ökonom und Philosoph*, Bern u.a.: Haupt, 253-282.
- Weber, M. (1973): Die Grenznutzlehre und das „psychophysische Grundgesetz“ (1908), in: Ders.: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, hg. v. J. Winckelmann, 4. Aufl., Tübingen: Mohr, 384-399.
- Weber, M. (1988): Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen, in: Ders.: *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I*, 9. Aufl., Tübingen: Mohr, 237-573.